

Dr. Christof Ostheimer

Fohlenweg 14

24539 Neumünster

, den 01.02.2016

Leserbrief

zum Bericht über den von nationalistischen Türken gestoppten Kurdischen Aufmarsch (Courier vom 01.02.2016)

Was in der Türkei seit Monaten vor sich geht, die Brutalität, mit der die gegenwärtige türkische Regierung gegen oppositionelle Kräfte, v.a. gegen die Kurden, die ihre Rechte als Minderheit in ihrem Staat einfordern, vorgeht, stößt hierzulande auf Unverständnis und Ablehnung. Unsere Bundesregierung hält sich (leider!) mit Kritik nur deshalb zurück, weil Deutschland in der Flüchtlingsfrage auf eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen ist.

Wenn hier in Deutschland lebende Kurden gegen Erdogans Vorgehen im überwiegend kurdisch besiedelten Südosten der Türkei protestieren und ihre Sichtweise verbreiten wollen, ist das ihr gutes (und grundgesetzlich geschütztes) Recht. Das müssen die Anhänger der Regierungspartei AKP und der faschistischen MHP schon ertragen. Wir leben hier in einem demokratisch verfassten Land mit Gewaltenteilung und Demonstrationsfreiheit, jedenfalls solange die Demonstranten nicht selbst die Abschaffung der grundgesetzlich geschützten Rechte zum Ziel haben.

Dies war hier nicht der Fall; und selbst wenn, wäre es Sache des Ordnungsamtes und der Polizei gewesen, es zu unterbinden, nicht aber der Neumünsteraner AKP- und MHP-Anhänger. Türkische Faschisten, die sich selbst gerne als „Graue Wölfe“ bezeichnen, haben mit diversen „Familien- und Kulturvereinen“ einen nicht zu unterschätzenden Einfluss in der türkischen „Community“ unserer Stadt. Alle Minderheiten der Türkei, die sich nicht widerstandslos assimilieren lassen, stellen für sie als Ultranationalisten eine Zielscheibe des Hasses dar. Die Kurden stehen dabei schon immer im Focus. Dies wurde bei der rechtswidrigen Aktion am vergangenen Samstag erneut deutlich.

Wir Demokraten sollten uns schützend vor unsere kurdischen Mitbürger stellen. Mit Sicherheit wird es in Zukunft dringend erforderlich sein, dass alle demokratischen Kräfte gegen die brutale Unterdrückungspraxis in der Türkei Stellung beziehen. Es muss in Neumünster klar sein, dass Faschisten in ihre Schranken gewiesen werden, egal ob sie aus Deutschland stammen oder aus der Türkei.